

Haushaltsdrama in mehreren Akten

Die Finanzpolitiker müssen nachsitzen. Was bisher schon beschlossen wurde.

VON HAGEN EICHLER
UND THERESA MÜNCH

BERLIN/MZ/DPA. Bis 4 Uhr morgens berieten sich die Finanzpolitiker des Deutschen Bundestags, dann vertagte sich die Runde auf nächste Woche. Und die Erzählungen nach dieser Nacht könnten kaum unterschiedlicher sein: Bei den Etats der Bundesministerien brennt nichts mehr an – das ist die Botschaft der Ampel-Koalition. Die Opposition dagegen hält den gesamten Haushalt 2024 für unseriös – und möglicherweise auch verfassungswidrig. „Die laufen quasi sehenden Auges in die nächste Falle rein“, sagte Unions-Haushälter Christian Haase am Freitag über SPD, Grüne und FDP.

Mehr Geld für Projekt in Halle

Beschlossen wurde unter anderem, dass das Zukunftszentrum Deutsche Einheit in Halle mehr Geld bekommt. Zusätzlich eine Million Euro ist dafür im Budget des Ostbeauftragten vorgesehen. Damit erhöht sich die Summe, die

der Aufbaustab zur Verfügung hat, auf insgesamt 3,9 Millionen Euro.

Vom Tisch sind die Kürzungen bei den Freiwilligendiensten. Organisationen auch in Sachsen-Anhalt hatten zuletzt vor einem „Kahlschlag“ gewarnt. Am Freitagmorgen verkündete die Ampel nun, dass die Kürzungen vollständig zurückgenommen werden. Beim Freiwilligen Sozialen Jahr, dem Freiwilligen Ökologischen Jahr und dem Internationalen Jugendfreiwilligendienst würden alle Plätze erhalten, hieß es. 80 Millionen Euro mehr soll es für die Freiwilligendienste geben.

Die Mittel für Regelzahlungen aus dem Bürgergeld wurden um 3,4 Milliarden Euro angehoben, der kreditfinanzierte Kapitalstock für die Aktienrente um zwölf Milliarden aufgestockt. 50 Millionen mehr gibt es fürs Bafög, 500 Millionen mehr für internationalen Klimaschutz, 700 Millionen mehr für humanitäre Hilfe und mehr Geld für Long-Covid-Forschung. Business as usual in der sogenannten Bereinigungssitzung, könnte man fast meinen. Doch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts bringt die Haushaltspolitik kräftig durcheinander. Es habe „quasi dem Haushalt die Beine weggezogen“, sagt Haase. Die Richter rissen ein 60 Milliarden großes Loch in einen Sondertopf zur Finanzie-

rung von Klimaprojekten und der Modernisierung der Wirtschaft. Außerdem entschieden sie quasi, dass es nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist, Schulden auf Vorrat zu machen.

Welche Folgen das nicht nur für die Klimaprojekte, sondern auch für die Energiepreisbremsen und weitere Töpfe hat, traut sich noch keiner abschließend einzuschätzen. Die Union erwägt bereits eine Klage gegen den Wirtschaftsstabilisierungsfonds, aus dem Strom- und Gaspreisbremse finanziert werden. Auch die Ampel prüft ihn. Man müsse klären, was daraus noch finanziert werden könne, sagte FDP-Haushälter Otto Fricke.

Deshalb machten die Finanzpolitiker am frühen Freitag keinen finalen Strich unter den Etat. Wie viel der Bund 2024 ausgibt, wie viele Schulden er macht – all das steht noch nicht endgültig fest. Nächsten Donnerstag müssen die Haushälter nachsitzen.

80

MILLIONEN EURO mehr soll es für Freiwilligendienste geben. Die Ampel-Parteien hatten hier zuvor kürzen wollen.

Die in der Nacht zum Freitag getroffenen Beschlüsse sieht die Ampel aber nicht in Gefahr. „Wenn es nach uns geht, ist das Ding durch“, sagte Fricke. Die Etats der Ministerien müssten nicht mehr verändert werden. Die Ampel sieht es so: Alle Bereiche des Haushalts, die von dem Urteil betroffen sein könnten, habe man ausgeklammert und aufkommende Woche verschoben. Dabei gehe es vor allem um die Sondervermögen, sagte SPD-Chefhaushälter Dennis Rohde. Das sind vom Kernhaushalt getrennte Töpfe, aus denen meist langfristige Investitionen gestemmt werden.

Lösungen kaum durchsetzbar

Dass eine Lösung für die Klimaprojekte her muss, betonen alle Ampel-Politiker. „Das Bundesverfassungsgericht hat gesagt, wie es nicht geht. Wir haben jetzt die Aufgabe zu zeigen, wie es geht“, sagte Grünen-Chefhaushälter Sven-Christian Kindler. Davon hingen auch hunderttausende Arbeitsplätze ab. Die einfachen Lösungen, mehr Schulden aufzunehmen oder Steuern zu erhöhen, hätten bei dem ein oder anderen Koalitionspartner wohl Fans, sind in der Ampel aber nicht durchsetzbar. Die Schuldenbremse sei Grundannahme aller Entscheidungen, betonte Fricke. **Kommentar Seite 8**